

zu TOP

Mainz, 20.08.2025

Anfrage 1243/2025 zur Sitzung am 03.09.2025

Veränderung des Verkehrs in der Taunusstraße (FDP)

Die Taunusstraße ist Teil der dicht besiedelten Mainzer Neustadt. Aufgrund der Veränderungen durch die Einführung von Fahrradstraßen in anderen Stadtteilen, sind Anwohnerinnen und Anwohner der "Interessengemeinschaft Taunusstraße" an die FDP-Stadtratsfraktion herantreten und haben nachgefragt, ob es nun konkrete Pläne der Verwaltung gibt, auch die Verkehrssituation in der Taunusstraße dahingehend zu ändern, dass sie zur Fahrradstraße umgewidmet wird.

Die "Interessengemeinschaft Taunusstraße" hatte bereits eine umfangreiche Unterschriftenliste der Verkehrsdezernentin überreicht und hat sich damit intensiv in der Bürgerbeteiligung zur Rheinufer-Neugestaltung eingebracht.

Neben der Sicherung von ca. 60 Parkplätzen steht auch ein besseres Miteinander von Fußgänger und Fahrradfahrern sowie die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmern auf deren Agenda.

Die Interessengemeinschaft vor:

Radfahrer könnten am Kaisertor durch Markierungen auf eine Spur innerhalb der Platanenallee geleitet werden, wo Rad- und Fußgängerweg jeweils drei Meter breit durch Markierungen getrennt wären. So blieben die Parkplätze in der Taunusstraße erhalten.

Soweit die Verwaltung dies als Umsetzungsvorschlag nicht mit übernehmen wird, wird vorgeschlagen:

Fußgänger und Radfahrer teilen sich die Platanenallee, aber deutlich voneinander trennt (wie man das aus Fahrradstädten wie Amsterdam kennt).

Das unterschiedliche Verkehrsverhalten, aber auch die Nutzungsansprüche von Fußgängern und Fahrradfahrern zeige, so die Interessengemeinschaft, erneut hohes Konfliktpotential und Unfallgefahr auf.

Als Fußgänger empfinde man eine Gefährdung durch die schnellen Radfahrer, während sich die Radfahrenden durch deutlich langsamer und auch die Richtung ändernde Fußgänger behindert fühlten.

Die Verwaltung hatte zuletzt mitgeteilt, es werde derzeit geprüft und ein „ausgewogenes Gesamtkonzept“ weiterentwickelt, um die verschiedenen Wünsche der Bürger „bestmöglich zu vereinen“. Über bisherige Planungsergebnisse würden die Gremien und die Öffentlichkeit nach der Sommerpause informiert.

Wir fragen an:

1. Hat die Verwaltung die Arbeit an dem Gesamtkonzept nach den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung zwischenzeitlich abgeschlossen?
Wenn ja, wann beabsichtigt die Verwaltung die Öffentlichkeit darüber zu informieren?
Wenn nein, welche Hintergründe gibt es und wie viel Zeit wird noch benötigt?
2. Welches Verkehrskonzept soll hier mit Blick auf die Situationen und Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner sowie des ruhenden Verkehrs unter Wahrung aller Interessen umgesetzt werden? Werden die Vorschläge der Interessengemeinschaft berücksichtigt?
3. Auf welcher Datengrundlage trifft die Verwaltung hier die Entscheidungen, besonders im Hinblick auf die Messung und Bewertung von Verkehrsaufkommen in diesem Bereich?
4. Plant die Verwaltung mit Umleitungsverkehren zu arbeiten? Wenn ja, welche Verkehrsart soll über welche anderen Strecken umgeleitet werden?
5. Wird der Verkehr dadurch für alle Verkehrsteilnehmer sicherer?
6. Falls Parkmöglichkeiten entfallen sollen, welche Alternativen schlägt die Verwaltung als Ausgleich vor?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende